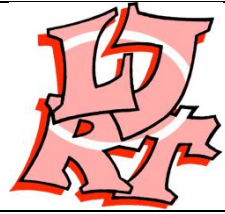


Beschluss

Sitzung: 39. Vollversammlung

am: 28.11.2015



zu TOP

06

Thema: **Eigenständige Jugendpolitik in Thüringen**

Beschluss:

- 1. Die Positionsbestimmung wird beschlossen.**
- 2. Der Vorstand wird beauftragt, die Positionsbestimmung in seinen jugendpolitischen Gesprächen und der Öffentlichkeit vorzustellen sowie den Entwicklungsprozess konstruktiv und kritisch zu begleiten.**

Abstimmung:

Ja: 55 Nein: 0 Enthaltung: 2

Einleitung

In der jugendpolitischen Diskussion der letzten Jahre taucht immer wieder die Forderung nach einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ auf. Der Landesjugendring Thüringen e.V. hat sich bereits auf der 37. Vollversammlung im Herbst 2013 damit auseinandergesetzt und seine Mitgliedsverbände bestärkt, eigene Ideen und Strategien dafür zu entwickeln und in die Gesamtdebatte einzubringen. Einige dieser Herangehensweisen und Erfahrungen liegen diesem Papier zu Grunde, welches Forderungen des LJRT hinsichtlich einer Gesamtstrategie für Thüringen zum Ausdruck bringt.

Nicht immer liegt bei der Verwendung des Begriffs „Eigenständige Jugendpolitik“ die gleiche Problem- bzw. Zielstellung zu Grunde. Deshalb hier zunächst abrissartig eine Einordnung und allgemeine Zielstellungen, die sich damit verbinden:

1. Einordnung

Eigenständige Jugendpolitik richtet sich an **alle** Jugendlichen und jungen Erwachsenen (von 12 bis 27 Jahren). Sie eröffnet gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, die für junge Menschen attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Sie ist vorbeugend und ausgleichend; sie ermöglicht allen Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen.

"Eigenständig" meint nicht den Rückzug der Jugendpolitik auf ein Kerngeschäft oder etwa die Entlassung anderer Ressorts aus ihrer Verantwortung. "Eigenständig" meint viel mehr die Sichtweise auf die Lebensphase Jugend insgesamt in ihrer ganzen Bedeutung. Politik, die junge Menschen betrifft, soll nicht länger in Einzelabschnitte oder Ressortzuständigkeiten unterteilt werden. Eigenständige Jugendpolitik versteht sich als "Einmischungspolitik" und ist deshalb sowohl Ressort- als auch Querschnittspolitik.

2. Zielstellungen

BZGL. VON BILD UND ROLLE DER JUGEND IN DER GESELLSCHAFT

- gesellschaftlicher Imagewandel der Jugend: nicht mangel-, sondern ressourcenorientiert
- Entwicklung der individuellen Potentiale aller Jugendlichen fördern
- innovative Fähigkeiten von Jugendlichen fördern und fördern (in Wirtschaft und Sozialem)
- gesellschaftliche Anerkennung für junge Menschen vergrößern (Entwicklung bzw. Stärkung einer Kultur des Respekts von Erwachsenen gegenüber Jugendlichen)
- "Jugend-Mainstreaming" (*Verankerung in allen Bereichen von Politik und Zivilgesellschaft*)

BZGL. DER THEMEN UND STRUKTUREN VON / FÜR DIE JUGEND

- Fairness steigern (*Startchancen ins Jugendalter gerechter gestalten; gerechte Bildungschancen für alle; Gegenwarts- und Zukunftsorientierung; ...*)
- Weiterentwicklung bestehender jugendpolitischer Rahmenbedingungen
- (*Überprüfung von Gesetzen und Rechtsansprüchen, ob sie für die heutige / zukünftige Jugend passend sind*)
- Teilhabe und Beteiligung junger Menschen ermöglichen
- Erfahrungs- und Gestaltungsräume bzw. -zeiten für junge Menschen schaffen

- Zur-Verfügung-Stellen der für die Bewältigung der alterstypischen Aufgaben und Bedarfe notwendigen Ressourcen (z.B. *Frei-/Räume für Jugendliche, finanzielle Förderung*)
- europäische Dimension: europäische Politikstrategien stärker in den deutschen Diskurs integrieren

Strategische Elemente zur Umsetzung in Thüringen

Um eigenständige Jugendpolitik in Thüringen zu etablieren, bedarf es breit gefächerter und vielfältiger Ansätze. Notwendig sind keine Modellprojekte oder kurzfristigen Alibi-Programme, die schnell abgearbeitet werden. Vielmehr geht es um eine nachhaltige Strategie, die bewährte Strukturen berücksichtigt; vernachlässigte, wirkungsvolle Instrumente wiederentdeckt und neue Beteiligungsmöglichkeiten voranbringt.

Wir skizzieren hier einige Elemente, die wir im Sinne einer solchen Strategie für Thüringen als notwendig erachten.

LANDESEBENE

1. Jugendpolitisches Landesprogramm

Aufgrund der positiven Rückmeldungen aus Sachsen-Anhalt schlagen wir als einen ersten, wichtigen Schritt im Sinne einer solchen Strategie vor, ein jugendpolitisches Landesprogramm zu erarbeiten. Im Rahmen eines einjährigen Jugendbeteiligungsprozesses in Trägerschaft des dortigen Landesjugendringes hatten junge Menschen die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Projektbausteinen kontinuierlich mit einzubringen. Insgesamt gab es 885 Beiträge von Kindern und Jugendlichen aus dem ganzen Bundesland.¹

Der Landesjugendring Thüringen e.V. möchte, dass junge Menschen wieder explizit in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden und sie daher auch als Expert_innen ihrer Lebenswelten, ihrer Bedürfnisse und Erwartungen in die Ausarbeitung des Programms konkret einbeziehen. Daher wollen wir die Möglichkeit geben, das jugendpolitische Programm maßgeblich mit zu erarbeiten.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. ist bereit, bei der Erarbeitung eines solchen Landesprogrammes im beschriebenen Sinne mitzuwirken. Aufgrund der (im Vergleich zu anderen Bundesländern) viel zu geringen Landesförderung der Jugendverbandsarbeit ist das mit den vorhandenen Kapazitäten aber nicht zu bewältigen. Um eine breite, methodisch vielseitige Mitwirkung von Jugendlichen und jungen Volljährigen zu ermöglichen sowie eine organisatorische und fachliche Begleitung zu gewährleisten bedarf es der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Fördermittel durch die Landesregierung.

Wir fordern:

Die **Erarbeitung eines jugendpolitischen Landesprogramms** durch die Landesregierung - nach Vorbild der Initiative „Jugend Macht Zukunft“ aus Sachsen-Anhalt:

¹ (Quelle: <http://www.kir-lsa.de/ger/JugendMachtZukunft/DieErgebnisse/DieErgebnisse.php?navid=57> in der Fassung vom 13.10.2015)

- **in einem längeren Prozess unter Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Volljährigen**
- **mittels verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten (Konferenzen, Mikroprojekte, Expertengruppen, Online-Debatten, ...)**
- **unter Bereitstellung zusätzlicher finanzielle Fördermittel des TMBJS für Personal- und Sachkosten**
- **in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden im Landesjugendring.**

2. Jugend-Check für landespolitische Gesetzesvorhaben

Eine Strategie zur Eigenständigen Jugendpolitik sollte beinhalten, dass bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft die Belange junger Menschen berücksichtigt und mitgedacht werden. Dies gilt insbesondere für Gesetzesinitiativen, die durch die Landesregierung oder einzelne Landtagsfraktionen auf den Weg gebracht werden. Es geht dabei darum, welche Auswirkungen eine Gesetzgebung auf die Lebenslagen junger Menschen hat und ob bzw. wie die Jugend im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren bzw. bei der Planung und Durchführung öffentlicher Vorhaben beteiligt wird. Bundesjugendministerin Manuela Schwesig hat einen solchen „Jugend-Check“ bereits für die Bundesebene ins Spiel gebracht. Dies sollte auch in Thüringen Standard werden.

Wir fordern:

- **Die Verankerung eines „Jugend-Check“ in der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages als Verfahrensschritt im Gesetzgebungsverfahren sowie in der Geschäftsordnung der Landesregierung als Verfahrensschritt bei Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren.**
- **Die Entwicklung klarer Kriterien für die Vereinbarkeit von Vorhaben mit den Interessen junger Menschen (gemeinsam mit letzteren).**
- **Die Einführung eines breiten Anhörungsrechtes und einer Anhörungspflicht von jungen Menschen und ihren Interessenvertretungen.**

3. Regelmäßige Landes-Jugendberichterstattung

Gemäß § 84 SGB VIII zeichnet die Bundesregierung einmal je Legislaturperiode ein aktuelles Lagebild über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ebenfalls im Fokus eines solchen Kinder- und Jugendberichts steht die Bewertung der Kinder- und Jugendhilfe und ihres Beitrags zu einem gelingenden Aufwachsen junger Menschen in unserer Gesellschaft.

Die Thüringer Landesregierung reagiert bisher lediglich auf die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung mit einer eigenen Stellungnahme dazu. Für eine Überprüfung, inwieweit eine eigenständige Jugendpolitik Früchte trägt, hält der Landesjugendring Thüringen e.V. eine regelmäßige thüringenspezifische Jugendberichterstattung für notwendig.

Wir fordern:

Die Verpflichtung der Thüringer Landesregierung zu einem regelmäßigen Jugendbericht auf Landesebene - verankert im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe Ausführungsgesetz (ThürKJHAG).

4. Wertschätzung der unterschiedlichen Lebensräume von Jugendlichen

Im Alltag unserer Verbände nehmen wir wahr, dass Jugendliche und junge Volljährige immer weniger Zeit haben, über die sie selbst entscheiden können. Es gibt kaum noch Freiräume für sie. Den Hauptgrund dafür sehen wir in den bildungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre (Ausbau des Ganztagschulsystems, steigende schulische Anforderungen, steigender Druck auf Auszubildende und junge Erwerbstätige). In den bildungspolitischen Debatten liegt der Schwerpunkt fast ausschließlich auf der Schule. Die Forderungen gehen teilweise sogar soweit, alle Angebote der Jugendbildung im Schulkontext durchzuführen. Obwohl die außerschulische Bildung im Vergleich zur Schule nachweislich mehr Kompetenzen und lebenspraktische Erfahrungen vermittelt, führt sie im politischen Diskurs und Handeln ein Schattendasein.

Wir sind der Meinung, dass Bildung viel mehr umfasst als die Schule zu leisten vermag: Die gesamte Persönlichkeit, personale, soziale und gesellschaftliche Aspekte. Alltagskompetenz bedeutet beispielsweise auch: Offen sein für Neues, Zeit haben für Entwicklungen, Fehlertoleranz und intuitives Vorgehen. Insbesondere Jugendverbände bieten solche Räume für unverzwecktes Beisammensein, für freiwilliges interessen geleitetes Engagement, gemeinsame Freizeitgestaltung, für Entschleunigung und Spiritualität. Sie sind Sozialisationsinstanz, Persönlichkeitsbildner, Diskussionsraum und Experimentierlabor in Einem. So bedeutend diese Funktion auch ist: Jugendverbände sollten sich nicht auf die Interessenvertretung von Jugendlichen und jungen Volljährigen reduzieren lassen. Ihre Angebote der außerschulischen Jugendbildung, der Ferienfreizeiten und internationalen Begegnung sind ihr Wesensbestandteil – nicht nur eine „Dienstleistung“. Um dies alles leisten zu können, bedarf es starker Landesverbände, die eine weitaus größere finanzielle Förderung durch die Landesregierung benötigen, um bedarfsgerecht ihre Koordinierungs- und Struktursicherungsfunktion ausführen zu können.

Wir fordern:

- **Die Aufhebung der einseitigen Fokussierung auf die Schule im TMBJS sowie im politischen Diskurs und mehr Wertschätzung für außerschulische Bildung und Selbstorganisation von Jugendlichen und jungen Volljährigen.**
- **Die bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung von landesweit tätigen Jugendverbänden und Trägern der freien Jugendhilfe im Rahmen des Landesjugendförderplanes 2017 - 2021.**

5. Image-Kampagnen

Wenn es um die Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Thüringen geht oder darum, mehr Tourist_innen in unseren Freistaat zu locken, lässt sich die Landesregierung entsprechende Imagekampagnen jeweils mehrere Millionen Euro kosten. Vergleichbares hat es hinsichtlich der Bedeutung der Lebensphase Jugend bzw. über Leistungsfähigkeit der Jugendarbeit in Thüringen noch nicht gegeben. Zur Strategie einer Eigenständigen Jugendpolitik müssen – gerade in unserem Medienzeitalter – auch wirkungsvolle Öffentlichkeitskampagnen gehören, die ein oftmals verbreitetes Negativ-Image der Jugend innerhalb der Gesellschaft korrigieren.

Wir fordern:

Image-Kampagnen der Landesregierung, welche die Leistungsfähigkeit der Jugend und die Breite deren ehrenamtlichen Engagements ins gesellschaftliche Bewusstsein heben.

KOMMUNALE EBENE

Aufgrund des subsidiären Prinzips und der Mitverantwortung des Landes für die kommunalen Gebietskörperschaften sollte auch eine Thüringer Landesstrategie zur Eigenständigen Jugendpolitik die kommunale Ebene berücksichtigen.

„Wenn ... von „Eigenständiger Jugendpolitik“ die Rede ist, muss die kommunale Ebene als ein elementarer Bezugspunkt in den Blick genommen und in der praktischen Konzeptionierung dieser Politik gewürdigt werden:

Ein markanter Teil der Lebensbedingungen von Jugendlichen und jungen Volljährigen wird im unmittelbaren sozialräumlichen Umfeld geprägt. Der Aktionsradius, der Erlebnisraum, die Gestaltungs- und Entwicklungsoptionen junger Menschen – sie werden zu einem erheblichen Teil von der unmittelbaren Lebensumgebung beeinflusst oder gar geprägt: von der örtlichen Verkehrspolitik, vom Vorhandensein und der Nutzbarkeit örtlich verfügbarer Freizeit- und (non-formaler) Bildungsangebote in Jugendfreizeiteinrichtungen, Kulturangeboten, sportlichen Betätigungsmöglichkeiten, von regionalen Angeboten im formalen Bildungssystem (schulische Bildung, Zugänge zur beruflichen Bildung, Weiterbildung), von für junge Menschen verfügbaren Arealen und Räumlichkeiten u.a.m.

Auch wenn einige dieser Felder in ihrer grundlegenden Ausrichtung nicht durch kommunale Politik gesteuert werden, so zeigt sich doch immer deutlicher, dass es ein Fehler wäre, die kommunale Gestaltungsebene zu vernachlässigen.“²

Wir fordern:

strukturell

- **Eine Revitalisierung der örtlichen Jugendhilfeausschüsse (z.B. durch Schulung und Vernetzung von Ausschussmitgliedern).**
- **Mehr Steuerung über eine verbesserte kommunale Jugendhilfeplanung (inhaltlich, strukturell, finanziell).**
- **Die Einführung einer Jugendberichterstattung auf kommunaler Ebene.**
- **Den Auf- / bzw. Ausbau lokaler Allianzen (unter Einbeziehung von Jugendlichen sowie Vertreter_innen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien).**

partizipativ:

- **Die Stärkung vorhandener demokratisch legitimierter Jugendbeteiligungsstrukturen (z.B. Jugendverbände, Jugendringe, Schülervertretungen - keine Alibi-Jugendlichen!) und Entwicklung neuer Beteiligungsprojekte (z.B. ePartizipation).**
- **Innovative, nachhaltige Begegnungs- und Diskussionsforen zwischen Jugendlichen und Politikern (z.B. Strukturierter Dialog).**

² Quelle: Prof. Dr. Joachim Merchel, Kommunale Jugendhilfeplanung als Instrument zur Herausbildung einer Eigenständigen Jugendpolitik auf kommunaler Ebene, <http://www.allianz-fuer-jugend.de/Autorenbeitraege/Kommunale-Jugendhilfeplanung-als-Instrument-zur-Herausbildung-einer-Eigenstaendigen-Jugendpolitik-auf-kommunaler-Ebene-/461d61> in der Fassung vom 13.10.2015

- **Kommunale Bildungsgipfel (wo Jugendliche, Eltern, politische Verantwortungsträger sowie Vertreter der schulischen und außerschulischen Bildung auf Augenhöhe diskutieren und verbindliche Absprachen treffen).**

finanziell:

- **Die gesetzliche Verankerung der örtlichen Jugendförderung im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG).**
- **Die Erhöhung der örtlichen Jugendförderung ab 2016 um mindestens 2 Millionen Euro und 2017 nochmals um 2 Millionen Euro.**